

BESCHLUSSVORLAGE

Federführung:

FB Bildung und Familie

VORL.NR. 173/18

Sachbearbeitung:

Burtchen, Patrick

Datum:

10.04.2018

Beratungsfolge Sitzungsdatum Sitzungsart

Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 13.06.2018 ÖFFENTLICH

Betreff: Ausbau Schulsozialarbeit

Bezug SEK: Masterplan 9 - Bildung und Betreuung

Bezug: VORL.NR. 147/16

Anlagen: Anlage - 1 Anträge Schulsozialarbeit Grundschulen

Anlage - 2 Antrag Schulsozialarbeit Gymnasien Anlage - 3 Rahmenkonzept Schulsozialarbeit

Anlage - 4 Sozialdaten

Beschlussvorschlag:

- 1. Den vorliegenden Anträgen auf Schulsozialarbeit für die Grundschulen wird aufgrund des beschlossenen Ausbaukonzepts aus Vorlage 147/16 und unter Vorbehalt der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel im Haushaltsplan 2019 zugestimmt.
- 2. Der vorliegende Antrag zur Aufstockung von 50% Schulsozialarbeit je Ludwigsburger Gymnasium wird zurückgestellt.

Sachverhalt/Begründung:

Genese

Die Stadt Ludwigsburg verfügt über ein etabliertes und mit verschiedenen freien Trägern abgestimmtes Angebot der Schulsozialarbeit. Das Arbeitsfeld wurde seit Jahren unter der Berücksichtigung von Bedarfen an den einzelnen Schulen weiterentwickelt. Seit dem Jahr 2015 konnten mit der Erarbeitung und Einführung des Rahmenkonzepts für Schulsozialarbeit in Ludwigsburg (Anlage 3) Standards für die konzeptionelle Arbeit an den Schulen vor Ort geschaffen werden.

Durch Veränderungen in der Schulentwicklungsplanung, sowie sich stetig ändernde gesellschaftliche Herausforderungen z.B. durch Zuwanderung oder in der Zukunft prognostizierten, steigenden Schülerzahlen beobachten wir zunehmenden Bedarf. Aus diesem Grunde müssen alle Schulen mit ihren individuellen Bedarfslagen betrachtet und fortlaufend überprüft werden.

In der BSS-Sitzung vom 20.07.2016 wurde auf Grundlage der Vorlage 147/16 über das weitere Ausbaukonzept Schulsozialarbeit abgestimmt. Mit der vorgenommenen Priorisierung in Abstimmung mit der Abteilung Schule und anhand von Sozialindikatoren wurde der weitere Ausbau gestaltet.

Im Folgenden wird der aktuelle Ausbaustand von Schulsozialarbeit im Juni 2018 an den Ludwigsburger Schulen dargestellt:

Ludwigsburger Schulen nach Schularten:	Schülerzahlen 2017/18	Ausbaustand Schulsozialarbeit Stellenumfang in%
Hirschberschule (GS)	162	50
Eichendorffschule	211	50
Grundschulcampus	426	100
Oststadtschule	356	50
Friedensschule	148	50
Friedrich-von-Keller-Schule	231	50
Schubartschule	216	50
Schlößlesfeldschule	430	50
Osterholzschule	229	50
	2409	500
Hirschberschule (WRS)	174	100
Justinus-Kerner-Schule	417	75
	591	175
Gemeinschaftschule (I)	279	150
Justinus-Kerner-Schule	35	75
	314	225
Gottlieb-Daimler-Realschule	757	50
Elly-Heuss-Knapp-Realschule	735	100
	1492	150
Otto-Hahn-Gymnasium	789	50
Mörike-Gymnasium	1114	50
Friedrich-Schiller-Gymnasium	905	50
Goethe-Gymnasium	709	50
	3517	200
Eberhard-Ludwig-Schule	161	100
	161	100
Gesamt:	8484	1350

Zum weiteren Ausbau wurde das Augenmerk auf die Schulstandorte gelegt, die bis 2016 noch keine Versorgung mit Schulsozialarbeit hatten und gleichzeitig die Voraussetzungen in der Schule entwickeln, sowie einen Antrag gestellt haben. Der präventive Ansatz, bereits in der Grundschule die Hilfeform Schulsozialarbeit zu etablieren und Übungen zur Sozialkompetenz und Beratungen für Schüler, Eltern und Lehrkörpern anzubieten, wurde weiter verfolgt. In der darauffolgenden 1. Ausbaustufe konnten neben den Innenstadtgymnasien, die beiden Grundschulen Osterholzschule und Hirschbergschule mit jeweils 50% Stellenumfang und eine Erhöhung des Stellenumfangs am Grundschulcampus um weitere 50% berücksichtigt werden. Die 2. Ausbauphase wurde dann kostenneutral in Abstimmung mit den betroffenen Trägern und Schulleitungen im Schuljahr 2017/18 umgesetzt.

Anträge Grundschulen

Zur Beratung liegen der Verwaltung aktuell vier Anträge der momentan nicht versorgten Grundschulen vor. Als Grundlage zur Bewertung wurden neben den Anträgen der Schulen (Anlage 1) die Daten im Sozialatlas der Stadt Ludwigsburg zu den Fällen bei Hilfen zur Erziehung und den Daten zu Leistungsempfängern im Sinne des SGB II (Anlage 4) herangezogen. Als grundsätzliche Annahmen im Zuge der letzten Prognosen für die zukünftigen Schülerzahlen an Grundschulen, ist ein stetiger Anstieg der Schülerzahlen in den nächsten Jahren zu erwarten. Somit ergibt sich folgendes Bild an den antragstellenden Schulen:

Grundschule Hoheneck:

Im Antrag der Grundschule Hoheneck zur Einrichtung von Schulsozialarbeit wird auf eine veränderte Situation hingewiesen. Neue gesellschaftliche Herausforderungen beschreiben eine verändert wahrgenommene Schüler- und Elternschaft. An der Schule treten vermehrt Konfliktsituationen auf, die im Schulalltag untergehen, die nur schwer zu lösen sind oder zu viel Zeit in der Deeskalation und Begleitung derselben einnehmen. Insbesondere Schulhofkonflikte beeinträchtigen den Schulalltag vermehrt. Der Bedarf an Grundsicherung für Leistungsempfänger nach SGB II liegt in Hoheneck mit 41,5 Fällen relativ nahe dem gesamtstädtischen Durchschnitt von 53 Fällen pro 1000 Einwohner. Hilfestellungen bei Fragen in der Erziehung, sowie Hilfe in der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen sind spürbar bedeutender geworden, wenngleich die Statistik bei den Hilfen zur Erziehung keinen Anstieg verzeichnet. Im Vordergrund steht das präventive Konzept, welches im Zusammenspiel von Schule, Schulkindbetreuung und Schulsozialarbeit ein sicheres Netz für die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern bietet, sowie Lehrkräfte dabei unterstützt Konfliktsituationen gemeinsam zu lösen.

Lembergschule:

Auch an der Lembergschule sind umfängliche Hilfen für die Schüler- und Elternschaft zunehmend notwendig. Konflikte zwischen Schülerinnen und Schülern werden durch auffälliges Verhalten im Schulalltag sichtbar und lassen sich immer schwieriger lösen. Der Bedarf an Einzelfallhilfen und Begleitung von Eltern steigt auch hier. Mit einem leichten Anstieg, bestätigt dies auch die Statistik in der Hilfe zur Erziehung. Konfliktsituationen mit Eltern werden zum einen durch Beratungsresistentz aber auch durch Überbehütung der Eltern erkennbar. Bei der Auseinandersetzung mit diesen Problemlagen gerät die Schule zunehmend an ihre Grenzen. Auch in Poppenweiler stieg der Anteil an Menschen im Leistungsbezug nach SGB II leicht auf 36 pro 1.000 Einwohner. Präventive Angebote bilden auch hier die Grundlage für eine erfolgreiche Kooperation zwischen Schule, Schulsozialarbeit für Schüler, Eltern und Lehrkräfte. Bereits seit einigen Jahren bestehen Kooperationsprojekte mit Vereinen und der städtischen Kinder- und Jugendförderung, die gerade zum Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern ergänzende Trainings anbieten.

Grundschule Pflugfelden:

Die Grundschule Pflugfelden muss sich denselben gesellschaftlichen Herausforderungen stellen, wie die anderen antragstellenden Grundschulen. Konfliktgespräche zwischen Schülerinnen und Schülern gehören genauso zum Alltag, wie die Beobachtung eines veränderten Medienkonsums von Kindern, wie auch deren Eltern. Unterschiedliche Vorstellungen zur Erziehung, sowie ein zu starkes Maß an Behütung birgt großes Konfliktpotenzial. Somit gewinnt Konfliktmanagement an der Schule immer mehr an Bedeutung. Unterschiedliche Auffassungen und interkulturelle Einflüsse fordern vom Kollegium ein hohes Maß an Beratung in Erziehungsfragen, darüber hinaus auch in schwierigen Lebenslagen. Mit 21,4 Einwohnern pro 1.000 Einwohner, zeugen zwar die vermeintlich niedrigen Werte zu Leistungsempfängern aus SGB II in Pflugfelden von einer hohen Erwerbsquote. In der Hilfe zur Erziehung, bleiben die Zahlen relativ stabil.

August-Lämmle-Schule:

Schulsozialarbeit leistet eine unterstützende Funktion in der Lebenswelt Schule. Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrkräfte profitieren von der Arbeit an der Schule, Eine zunehmende Heterogenität in der Schülerschaft zeigt sich besonders im Hinblick auf die soziale Emotionalität. Interkulturelle Einflüsse aber auch persönliche Lebenslagen von Familien spielen hierbei eine Rolle und fordern vom Kollegium mehr Flexibilität im Umgang mit den Schülerinnen und Schülern. Der Anteil von Leistungsempfängern aus SGB II werden in Oßweil mit 25 Einwohnern pro 1.000 Einwohner gezählt. Beratung und Begleitung der Schüler- und Elternschaft gewinnen in Oßweil zunehmend an Bedeutung. Unter anderem beschreibt die Schule eine Zunahme von Schülerkonflikten und Mobbingfällen in Klassenverbänden. Ausgrenzung, körperliche Gewalt und das Fehlen von Regelbewusstsein stehen an der Tagesordnung. Nicht nur Eltern benötigen hierbei Unterstützung, sondern auch die Lehrkräfte, die in solchen Situationen einen veränderten Erziehungsauftrag wahrnehmen müssen. Hier hat die August-Lämmle-Schule bereits aus ihrem eigenen Budget unterstützende Maßnahmen zum Sozialkompetenztraining einfließen lassen und entsprechende Projekte mit anerkannten Präventionsträgern gestartet. In der Hilfe zur Erziehung beobachten wir einen leichten Anstieg der Fälle auf 1,7%. Wenngleich Oßweil insgesamt niedrige Zahlen vorweist, wird gerade hier im Schulleben deutlich, dass der präventive Ansatz von Schulsozialarbeit die Lebenswelt Schule unterstützt.

Kosten:

Die jährlichen durchschnittlichen Kosten mit Einrichtung von Schulsozialarbeit zu je 50% Stellenumfang an jeder Schule (insgesamt 200% Stellenumfang) setzen sich wie folgt zusammen:

Schulen	Personalkosten je 50% VZÄ	Sachkoston	Gesamt	Zuschuss Land je 50%	Tatsächliche Kosten
Grundschule Hoheneck	29.187,00 €	2.500 €	31.687,00 €	- 8.350 €	23.337 €
Lembergschule	29.187,00 €	2.500 €	31.687,00 €	- 8.350 €	23.337 €
Grundschule Pflugfelden	29.187,00 €	2.500 €	31.687,00 €	- 8.350 €	23.337 €
August-Lämmle-Schule	29.187,00 €	2.500 €	31.687,00 €	- 8.350 €	23.337 €
Gesamtaufwand	116.748,00 €	10.000 €	126.748,00 €	- 33.400 €	93.348 €

Ausgehend von einer Eingruppierung in TVöD SuE 11b Stufe 3 mit Arbeitgeberanteilen, sind in der Berechnung die Tariferhöhungen ab März 2018 und ab April 2019, sowie ein jährlicher Landeszuschuss von 8.350 € pro eingerichteter Stelle berücksichtigt worden.

Fazit

Nach Umsetzung der Ausbauphasen 1+2, werden in dem bereits beschlossenen Ausbaukonzept in der 3. Ausbauphase jene Grundschulen berücksichtigt, die einen Antrag gestellt haben. Der genaue Wortlaut des Beschlusses unter Ziffer 5 lautet:

5. In der Ausbauphase 3 werden die unversorgten Grundschulen ab dem Haushaltsjahr 2019, unter Berücksichtigung der bereitgestellten Haushaltsmittel genehmigt, falls diese einen Antrag zur Einrichtung einer Schulsozialarbeit stellen.

Mit dem beschlossenen Ausbaukonzept wird der präventive Ansatz, bereits in der Grundschule die Hilfeform Schulsozialarbeit zu etablieren und Übungen zur Sozialkompetenz und Beratungen für Schüler, Eltern und Lehrkörpern anzubieten, weiter verfolgt. Die Kernfelder von Schulsozialarbeit, vor allem die Einzelfallhilfe und Beratung, sowie die Arbeit mit Schulklassen gewinnen aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Lebenssituationen von Familien immer mehr an Bedeutung. Diese Veränderungen machen auch nicht vor Ludwigsburg halt. Die Förderung der Entwicklung von

Kindern und die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen stehen in einem ganzheitlichen Bildungskonzept im Vordergrund.

Um Chancengleichheit die bestmögliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, will die Verwaltung mit den eingereichten Anträgen der vier noch unversorgten Schulen auf Grundlage des Beschlusses aus der Vorlage 147/16, Ziffer 5 eine Vollversorgung der Schulen erreichen. Somit empfiehlt die Verwaltung die Einrichtung von Schulsozialarbeit an den vier obenstehenden Grundschulen.

Gemeinsamer Antrag Gymnasien:

Innenstadtcampus:

Mit dem Ausbaukonzept in Bezug auf die Vorlage 147/16 wurde mit dem Schuljahr 2017/18 der Ausbau auf je 50% Stellenumfang (insgesamt 150%) für Schulsozialarbeit an den Innenstadtgymnasien umgesetzt. Der Bedarf wurde anerkannt und bedient. Mit dem 150 % Stellenumfang wurde eine eindeutige Zuordnung von Ansprechpartnern für die drei Kollegien möglich gemacht. Der Wert von Schulsozialarbeit wird anerkannt und das Angebot wird weiterhin rege genutzt. Wie im Antrag der Gymnasien beschrieben, etabliert sich die Schulsozialarbeit in der Innenstadt. Momentan können lediglich Felder wie Einzelfallhilfe, Beratung und die Kooperation mit der Institution Schule verwirklicht werden, wenngleich sich die Ansprechbarkeit der Fachkräfte durch den Ausbau deutlich erhöht hat. Leider gab es eine längere Vakanz aufgrund von Krankheit, in der sich die Organisation einer Vertretung für den Träger sehr schwer gestaltete. Seit Beendigung der Vakanz zeichnet sich ab, dass die Schulsozialarbeit immer mehr Aufgaben wahrnehmen kann, da sie sich allmählich im Schulcampus verankert.

Am Bildungszentrum West (BZW)

Mit der Einführung von Schulsozialarbeit an der Osterholzschule wurde eine Entlastung für die weiterführenden Schulen geschaffen. Bisher wurden Fälle in der Grundschule von den Mitarbeitenden in den beiden weiterführenden Schulen zusätzlich abgedeckt. Mit der eigenen Schulsozialarbeit an der Osterholzschule können auch hier die jeweils 50% Stellenumfang den einzelnen Schulen am BZW zugeordnet werden.

Somit haben wir im Ausbau an den vier Gymnasien in Ludwigsburg eine gerechte Verteilung erreicht, in der jede Schule mit 50% Stellenumfang berücksichtigt ist. Zudem sieht das beschlossene Ausbaukonzept vor, die Grundschulen ohne Versorgung mit Schulsozialarbeit, sofern sie einen Antrag stellen zu berücksichtigen. Aus diesem Grund und im Zusammenhang mit der im letzten Jahr umgesetzten 1. Ausbauphase, empfiehlt die Verwaltung den Antrag der Gymnasien zur Aufstockung auf 100% Stellenumfang zurückzustellen.

Finanzierung

Da sich die Bedarfe und die zukünftige Schullandschaft stetig verändern, wird die Verwaltung den Ausbaustand von Schulsozialarbeit weiterhin regelmäßig überprüfen und Vorschläge zur Weiterentwicklung vorlegen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel für die hier vorliegenden Beschlüsse, werden zum Haushaltsplan 2019 angemeldet.

Mit Ablauf der Leistungsvereinbarungen in der Schulsozialarbeit zum 31.12.2018 werden bereits jetzt schon Vertragsverhandlungen mit den Trägern von Schulsozialarbeit im laufenden Jahr abgehalten. Die Ergebnisse aus den Verhandlungen werden nach der Sommerpause im BSS behandelt.

Unterso	hriften:
---------	----------

Renate Schmetz

Patrick Burtchen

Finanzielle Auswirkungen?								
⊠ Ja	N	ein				33.400 EUR 127.000 EUR		
Ebene: Ha	Ebene: Haushaltsplan							
Teilhaushalt		Produktgruppe 362002						
ErgHH: Ertrags-/Aufwandsart		31410000 Zuweis. lfd. Zwecke Land 42710130 Besondere schulische Aufwendungen						
FinHH: Eir	FinHH: Ein-/Auszahlungsart							
Investitionsmaßnahmen								
Deckung			□ Ja					
□ Nein, Deckung durch Anmeldung zum HH 2019								
Ebene: Kontierung (intern)								
Konsumti		iv		Investiv				
Kostenstel	le	Kostenart		Auftrag	Sachkonto	Auftrag		
48435200)	31410000 42710130						

Verteiler: DI, DII, 10, 20



NOTIZEN